

Das erste panafrikanische Bischofssymposium

Das erste panafrikanische Bischofssymposium (28.—31. 7. 69), das ursprünglich für April dieses Jahres vorgesehen war, stand wohl zu sehr im Zeichen des sich unmittelbar anschließenden Papstbesuches in Kampala, Uganda, als daß es von der Öffentlichkeit entsprechend seiner Bedeutung zur Kenntnis genommen wurde. 32 Vertreter von 28 Bischofskonferenzen Afrikas und Madagaskars waren in Gaba, im Pastoralinstitut für Ostafrika, einem 1967 gegründeten Ausbildungsinstitut für Laien, Priester und Ordensleute (dem das westafrikanische Pastoralinstitut in Abijan in etwa entspricht), zusammengekommen. Unter ihnen befanden sich alle sieben Kardinäle, u. a. *P. Zougrana* (Ouagadougou / Obervolta), *L.-E. Duval* (Algier), *Stephanus I. Sidarouss*, koptischer Patriarch von Alexandria, *L. Rugambwa* (jetzt Erzbischof von Dar-es-Salaam) und *O. McCann* (Kapstadt). Als Initiatoren des Symposiums gelten die Kardinäle *L. Rugambwa* und *P. Zougrana*, die das Projekt bereits Ende Juni 1968 in Rom anlässlich der ersten Vollversammlung der Kongregation für die Evangelisation der Völker mit den afrikanischen Mitgliedern des „Rates der Vierundzwanzig“ diskutiert hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 388 f.). Nicht am Symposium teilnehmen konnten die Episkopate aus Angola und Mozambique. Es gab deswegen Spannungen auch innerhalb des Episkopats. Die nationale Befreiungsfront von Mozambique und das ugandesisches Außenministerium sollen an dem Vorgang nicht unbeteiligt gewesen sein. Dagegen wurde gegen die Teilnahme von Vertretern des rhodesischen und südafrikanischen Episkopats nach anfänglichen Schwierigkeiten nichts eingewandt. Die römische „Vereinigung der Generaloberen“ entsandte drei Generaloberen von Missionsgesellschaften als ihre Vertreter nach Gaba: *G. Goossens* (Scheuter Missionare), *T. van Asten* (Weiße Väter), *H. Monde* (Gesellschaft der Afrikamissionare). *S. Pignedoli*, Sekretär der Kongregation für die Evangelisation der Völker, vertrat die oberste Missionsbehörde, während *J. Glynn* für die Vereinigung höherer Ordensoberen Ostafrikas teilnahm. Die nigerianische Delegation wurde von Lagos aus

bestimmt. Biafranische Bischöfe kamen à titre personnel.

Das für drei Tage reichlich überladene Programm wurde bereits am Ende des ersten Sitzungstages beträchtlich reduziert. Die ursprünglich vorgesehenen Themen (mangelnder Priesternachwuchs, Heranbildung einer Laienelite, rapider Rückgang ausländischer Missionare, die Frage einer spezifisch afrikanischen Liturgie, die Problematik kirchlicher Entwicklungshilfe, die Stadtseelsorge, die ökumenische Zusammenarbeit, das Verhältnis zwischen dem afrikanischen Episkopat und den Missionsgesellschaften, die Friedensbemühungen) schrumpften auf im wesentlichen drei Themen zusammen, die Friedens- und Entwicklungsproblematik sowie als Hauptthema die Errichtung bzw. Projektierung eines Organs der interafrikanischen Kommunikation zur Koordinierung der pastoralen Aufgaben des frankophonen, anglophonen, des „schwarzen“ wie des „weißen“ Afrikas, die — bei aller notwendigen Differenzierung — doch überall „mehr oder weniger gleich“ seien, wie der Erzbischof von Kampala, *E. Nsubuga*, in seinem Interview mit KNA (25. 7. 69) feststellte (— angesichts des islamisch-arabischen Nordens wohl doch eine zu weitgehende Vereinfachung). Diese Aufgaben bzw. Probleme, vor die sich die Kirche in Gesamtafrika gestellt sieht, sind: Mangel an pastoraler Koordination. Überwindung des Rassismus und Partikularismus der Stämme, Mangel an ökumenischer Zusammenarbeit, an Priesterberufen, fehlender Dialog mit dem Islam, unwirksame Anwendung der Entwicklungshilfe, Gestaltung einer spezifisch afrikanischen Liturgie, eine noch zu westlich geprägte Katechese ohne tiefere Einflüsse auf die Afrikaner sowie gewisse dem Afrikaner unverständliche okzidentale Gebräuche, wie z. B. — trotz aller gegenteiligen Behauptungen — der Zölibat (vgl. DIA, 12. 6. 69). Diese Probleme erfordern — trotz allem — eine gewisse gemeinsame Strategie mit einem schwerpunktmäßigen Einsatz der begrenzten Kräfte, wie Kardinal *P. Zougrana* ihn in seiner Pressekonferenz vom 29. 7. 69 (vgl. DIA, 30. 7. 69) andeutete. Eine Zersplitterung der Kräfte sei heute nicht mehr zulässig, ebenso wenig wie eine Zersplitterung des Episkopates.

Diese mangelnde Koordinierung zwischen den Episkopaten sei auch ein Grund dafür, warum sich die Einmischung „gewisser“ außerkontinentaler Organisationen nicht immer vermeiden lasse.

Ein erster Koordinierungsversuch

Damit wies er zugleich auf die *Hindernisse* hin, die diesem Projekt entgegenstehen, die mehr objektiv vorgegeben — wie die, im Gegensatz etwa zu Lateinamerika, verwirrende ethnische, sprachliche, politische, kulturelle, rassische, religiöse, entwicklungsmäßige Heterogenität des afrikanischen Kontinents; wie auch die mehr subjektiv bedingten Partikularismen, so vor allem das Blockdenken des frankophonen Afrikas, ein Erbe der „fraternalistischen“ Kolonialpolitik Frankreichs, deren Ziel die Französisierung der Kolonien (des „citoyen français“) gewesen war, mit der sich die Kirche vollständig identifiziert hatte. Dies geschieht heute noch in portugiesisch Afrika, wo der Vatikan das System der Kolonien als portugiesische „Überseeprovinzen“ im Konkordat von 1940 offiziell anerkannt hat und die Missionare heute praktisch Regierungsangestellte sind. Diese Schwierigkeiten zeigen sich weiter darin, daß der frankophone Episkopat bereits dem Projekt dieses panafrikanischen Symposiums reserviert gegenüberstanden war („Informations Catholiques Internationales“, 1. 4. 69). Eine Ausnahme unter den frankophonen Bischöfen bildete offenbar lediglich Kardinal *P. Zougrana* selbst. Sie traten auch bei der Wahl des Vorsitzenden des Symposiums zutage, wo man sich schließlich auf *J. Amissah*, den Erzbischof von Cape Coast (Ghana), als Präsident und *A. R. Dosseh*, Erzbischof von Lomé (Togo), als Vizepräsidenten einigte. Auch Kardinal *Rugambwa* wies in seiner Einführungsrede auf „gewisse Reserven“ im Episkopat hin. Doch würde die „Interessensolidarität“ in Afrika ständig wachsen. Rom selbst stehe dem Projekt eines kontinentalen Bischofsrates nach Art von CELAM — nach Auskunft *S. Pignedolis* — wohlwollend gegenüber.

Ein solches Projekt wird sich, wie das Ergebnis des ersten Symposiums zeigt, jedoch erst nach und nach ver-

wirklichen lassen. Man kam zunächst — mit 26 gegen 6 Voten — überein, provisorisch ein vierköpfiges geschäftsführendes Büro unter Vorsitz von Kardinal P. Zoungrana mit zwei Stellvertretern und einem Sekretär zu errichten. Ihm gehören der Erzbischof von Cape Coast (Ghana), J. Amisshah, als Sprecher Westafrikas und der Bischof von Fort Portal (Uganda), V. Mc Cawley, als Sprecher Ostafrikas an. Aufgabe dieses Komitees ist die Vorbereitung des für 1970 vorgesehenen zweiten Symposiums sowie die Ausarbeitung des Entwurfs eines Statuts eines zunächst einmal sehr flexibel gedachten *panafrikanischen Bischofsrates*, dem wiederum portugiesisch Afrika vorerst nicht angehören soll. Um die Empfindlichkeiten gewisser frankophoner westafrikanischer Bischofskonferenzen zu schonen, wird zunächst nur an Verbindungs- und Arbeitskommissionen mit Informations- und Forschungsaufgaben gedacht. Versuche, einen frankophonen und anglophonen Präsidenten vorzusehen, wurden jedoch abgelehnt. Die Entscheidung über die endgültige Struktur soll dem nächsten Symposium 1970 vorbehalten bleiben.

Das Symposium war vor allem ein Symposium der Arbeitssitzungen. Außer der Schlußansprache des Papstes (vgl. ds. Heft, S. 422) wurden nur am ersten Vormittag drei Ansprachen mit unterschiedlichen Akzenten gehalten. Erzbischof Pignedoli, äußerte sich sehr optimistisch zur rapiden gesellschaftlichen Entwicklung Afrikas und pries die soziale und erzieherische Tätigkeit der Kirche, warnte aber zugleich vor der „modernen Tendenz“, die christliche Botschaft zu „säkularisieren“ und die Kirche zu einer Sozialanstalt abzuwerten. Der Außenminister Ugandas, S. Odaka, setzte die Akzente seiner Ansprache sehr deutlich auf die schwarz-afrikanischen Interessen. Die Kirche müsse noch mehr im Sozial- und Entwicklungsbereich tätig werden und vor allem den weißen Rassismus in Südafrika, Rhodesien und Angola bekämpfen, wie sie seinerzeit die Sklaverei bekämpft habe. K. Zoungrana war in seiner Beurteilung der Situation Afrikas nicht so optimistisch. Er wies auf das sich verlangsamende Wirtschaftswachstum Afrikas aufgrund politischer Unsicherheit einiger Länder wie nachlassender ausländischer

Wirtschaftshilfe hin, auf den versickernden Zustrom ausländischer Missionare, auf die *beschleunigte* Übernahme der Erziehungsarbeit durch den Staat. Das Friedensproblem müßte vom Gesamtepiskopat Afrikas in größerer kollegialer Solidarität — jedoch ohne jeden politischen Anspruch — angegangen werden. Dazu gehöre auch die Beseitigung jenes „falschen Friedens“, der in der Unterdrückung fundamentaler Menschenrechte bestehe.

Afrikanisierung mit Hindernissen

Welche andere Probleme darüber hinaus — wenn wohl auch mehr am Rande — zur Sprache kamen, läßt sich aus der Pressekonferenz Kardinal P. Zoungranas vom 29. Juli 1969 entnehmen. In ihr wandte sich der Kardinal gegen die „Fernsteuerung“ „gewisser“ internationaler Organisationen („gegen Hunger und Krankheit“ — so präziserte es später der Erzbischof von Lomé, R. Dosseh, die die Seelsorgsarbeit der Kirche in Afrika nach unafrikanischen und damit für die Verkündigung *schädlichen* Maßstäben zu beeinflussen suchen, indem sie ihre Hilfe von der Verwirklichung sozialer Projekte abhängig machen (nach „NC News Service“, 30. 7. 69). In dieser für europäische Ohren unsanften Kritik kam wohl weniger die Sorge, die Kirche könnte über die Entwicklungshilfe ihrer eigenen Aufgaben entfremdet werden (ein in manchen Sektoren der Kirche ebenfalls akut werdendes Problem), zum Ausdruck, als der Anspruch der Hierarchie, Entwicklungsmittel und -projekte einschließlich der organisatorischen Durchführung stärker in eigener Regie zu führen und nach kirchlichen Gesichtspunkten zu planen. Er kritisierte auch den Versuch europäischer Organisationen (z. B. der Pax Romana u. a.), Afrika *unafrikanische* Strukturen aufzuzwingen. Die Katholische Aktion hätte man nicht unter einem „fremden Etiquette“ (DIA, 30. 7. 69) organisieren dürfen, sondern stärker nach „afrikanischen Bedürfnissen“, die keineswegs mit denen in Europa und Amerika identisch seien. Wohl auf kuriale Hindernisse abzielend, sagte der Kardinal, die Afrikanisierung in der Liturgie — wie sie ja auch der Papst selbst wünsche — könne durchaus den rein menschlichen Gehalt des Animismus und Fetichismus

in den religiösen Bereich transponieren. Diese Afrikanisierung müsse aber auf alle Bereiche kirchlichen Lebens ausgedehnt werden. Beim *Zölibat* handle es sich nach Ansicht des Kardinals um ein „falsches Problem“ für Afrika. Afrika sei „reich an Priesterberufen“. Der Zölibat sei (nach Erzbischof Dosseh) dem Priesternachwuchs sogar förderlich, da die „afrikanische Seele danach dürste, in ein Geheimnis einzudringen, und ein solches Geheimnis finde sich im Zölibat“ (DIA, 30. 7. 69). Diese Meinung wird aber nicht von allen — wenn auch von der großen Mehrheit der Bischöfe geteilt. Der jüngere, sowohl der afrikanische, wie insbesondere der Missionsklerus, dürfte zudem gegen den von den europäischen und nordamerikanischen Ereignissen ausgehenden Einfluß nicht immun sein. Auch ist festzustellen, daß beispielsweise die Vollversammlung der Bischofskonferenz von Sambia Anfang Juli 1968 bereits die Frage der „Weihe verheirateter Männer reifen Alters als nebenamtliche Priester“ untersucht hat. Man hatte sich damals nach langer Debatte auf drei Punkte geeinigt: die Notwendigkeit, einen verheirateten Hilfsklerus einzuführen (aufgrund des Priestermangels bei grundsätzlichem Festhalten am Zölibat), diese Frage der Missionskongregation in Rom vorzulegen und sie bei der nächsten Bischofskonferenz der fünf benachbarten ostafrikanischen Länder als Hauptthema zu diskutieren (vgl. „Die katholischen Missionen“, Heft 6, November/Dezember 1968, S. 187).

Das Symposium verabschiedete zwei Erklärungen zur Friedens- und Entwicklungsfrage. In der Deklaration zur *Friedensfrage* fordern die „Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe dieses Kontinents“ die Beendigung von Gewalttaten und Krieg in jeder Form (politische Unterdrückung, Rassendiskriminierung, Mißachtung der Menschenrechte). „Jede Verletzung der Gerechtigkeit ist ein Hindernis für den Frieden.“ In der Papstreise sahen sie das Zeichen einer großen Hoffnung für den Frieden in Afrika. „Wir bitten alle Menschen guten Willens, sich mit uns zusammenzuschließen, um für diesen Kontinent einen auf Gerechtigkeit gegründeten Frieden zustande zu bringen.“

Zur *Entwicklungspolitik* erklären sie, daß sie für Afrika das vordringlich-

ste Problem sei. Sie forderten eine Änderung der Politik der reichen Nationen, die auf Kosten der Armut der anderen immer reicher würden, eine Strukturreform der Weltwirtschaft, die Ausarbeitung eines internationalen Arbeitsrechts. Die „technische Hilfe“ dürfe durch keine Klauseln begrenzt werden, die im Widerspruch zur Würde des Menschen stehen. Sie dürfe auch nicht mit falschen Lösungen in der Frage des Bevölkerungsproblems gekoppelt werden, die zu Lasten der Völker Afrikas gehen, bei denen noch Fa-

milienehre und Achtung vor der Person etwas gelten. Sie forderten weiter, die Mängel im Erziehungs- und Schulwesen zu beseitigen, die Bereicherung einiger weniger Privilegierten zu stoppen, die rassische und religiöse Diskriminierung jedweder Art sowie den Bruderkrieg zu beenden. Außerdem richtete das Symposium eine Botschaft an die nächste allafrikanische Kirchenkonferenz, die vom 1. bis 12. September 1969 in Abidjan stattfindet, und eine Ergebnissbotschaft an den gerade eintreffenden Papst.

teralen Verhandlungen mit Rom zumindest die Frage des Primats dazu gekommen ist. Wie auch immer, der Weltrat der Kirchen als beschworener Covenant der Wiedervereinigung repräsentiert die von Visser 't Hooft ausdrücklich verurteilte Absage an einen „ekklesiologischen Doketismus“, der Glaube und Ordnung voneinander trennt. Das ist der Stand der Dinge.

Von den deutschen Verhältnissen aus gesehen, die mit den Erfahrungen des Kirchenkampfes für das Verantwortungsbewußtsein der Ökumenischen Bewegung wichtige Anregungen gaben, kann man feststellen, daß seit der „Barmer Theologischen Erklärung“ von 1934, an der die deutschen Lutheraner nie eine reine Freude hatten, der Irrlehre abgesagt worden ist, als könne es eine Ordnung der Kirche in Absehung von ihrem Glauben geben. Dieser Irrtum des 19. Jahrhunderts hatte dazu geführt, daß Hitlers Deutsche Christen die Ordnung der Kirche dem Staat gleichschalteten, den Glauben aber — angeblich — unangetastet lassen wollten. Zur lutherischen Tradition gewandt heißt das: die von den Lutheranern unbeschadet der deutschen Erfahrungen immer wieder ins Gespräch gebrachte Patentlösung des Artikel VII der Confessio Augustana ist nicht mehr ohne geschichtliche Interpretation auf die gegenwärtigen Probleme anwendbar, und zwar aus zwei Gründen:

1. Der Text von Artikel VII besagt, es sei genug zur Einheit der Kirche, daß das Evangelium gemäß der Rechtfertigungslehre rein gelehrt und dementsprechend die Sakramente gereicht werden. Es bedürfe keiner Ordnungen, „von Menschen gemacht“. Damit wurde eine kanonische, von Christus gestiftete Ordnung in Polemik gegen den entarteten Episkopat der Reformation abgewiesen. Inzwischen hat die neutestamentliche Exegese und, wie gesagt, die Erfahrung des Kirchenkampfes erwiesen, daß es kanonische Ordnungen zur Wahrung des Glaubens gibt und geben muß. Von dieser Erkenntnis enthalten die neuen Thesen nichts.

2. Auch die Rechtfertigungslehre selbst ist problematisch geworden. Das hat das vergebliche Bemühen der Dritten Vollversammlung des LWB in Helsinki gezeigt, sie zu aktualisieren; und unlängst hat *H. Conzelmann* die Lutheraner daran

Vorschlag der VELKD zur evangelischen Kircheneinheit

Durch das Zusammenwirken zweier initiativreicher lutherischer Bischöfe, des Kieler Bischofs *Fr. Hübner* mit seinen reichen Erfahrungen auf dem Missionsfeld und des neuen leitenden Bischofs *H.-O. Wölber*, Hamburg, hat die VELKD über ihren Theologischen Ausschuß einen neuen Vorschlag zur Überwindung der Kirchenspaltung innerhalb der Rest-EKD gemacht in Gestalt von neun Leitsätzen, die am 6. August 1969 veröffentlicht wurden und an das Referat von Bischof Hübner auf der letzten Generalsynode der VELKD erinnern (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 262). Die Leitsätze tragen die Überschrift: „Lehrstreitigkeiten der Reformation nicht einfach wieder aufnehmen“ (epd, 6. 8. 69). Sie fanden sogleich die Beachtung der Öffentlichkeit. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (11. 8. 69) nannte die Initiative einen „mutigen Sprung“ aus den in letzter Zeit sich verhärtenden Kontroversen um die von der Arnoldshainer Konferenz versuchte Überwindung der Abendmahlsfrage innerhalb der EKD (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 110). Mit einem solchen ad hoc Urteil ist indessen der Versuch nicht zu verstehen. Es ist nötig, auf einen größeren Zusammenhang zurückzugreifen:

1. Auf die in den USA wie in Europa seit Jahren geführten und 1968 zum Abschluß gebrachten Verhandlungen zwischen dem Lutherischen und dem Reformierten Weltbund um die Bildung einer Kirchengemeinschaft innerhalb des Weltrates der Kirchen, und zwar im Hinblick auf den wachsenden Einfluß Roms

und den gemeinsam zu führenden Dialog mit der römisch-katholischen Kirche (vgl. den ausführlichen Bericht über das bisherige Ergebnis dieser Unionsgespräche in: Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 115—120 bzw. ds. Jhg., S. 245). Zur angemessenen Beurteilung der Initiative der VELKD muß man also in diesen Vorgängen die Maßstäbe zu ihrer Beurteilung finden.

2. Es muß auch beachtet werden, daß inzwischen die Verhandlungen des Lutherischen Weltbundes mit Vertretern des römischen Einheitssekretariats bedeutende Fortschritte gemacht haben und man vor den entscheidenden Problemen der kirchlichen Ordnung und Autorität angelangt ist, wie es scheint auf beiden Seiten mit der Vorstellung, daß es Möglichkeiten einer Lösung gibt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 339).

Die Patentlösung von CA VII

Es liegt in der Natur der Sache, daß jede Konfessionsgruppe des Weltrates der Kirchen zur Lösung der Einheitsfrage ihr besonderes Erbe einbringt. Die Anglikaner glaubten und glauben trotz des Mißgeschickes mit der Union in England (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 345 f.) nach wie vor, ihr 1886 aufgestelltes Unionsschema, das sog. Chicago-Lambeth-Quadrilateral (4 Bedingungen: Taufe und Abendmahl, Heilige Schrift, altkirchliches Credo und historischer Episkopat) sei die beste Grundlage zur Überwindung der Kirchenspaltung, obwohl inzwischen durch die multila-